

## KOMMENTARE

## HESSISCHER LANDTAG

## Zweifel am nötigen Mut



Walter Kreuzer

Ländlicher Raum, Verkehrsinfrastruktur, Gesundheitsversorgung, Klimawandel, Digitalisierung – die hessische Landespolitik muss sich einem bunten Strauß an (altbekannten) Themen widmen. Für Ministerpräsident Volker Bouffier und die ihn tragende schwarz-grüne Koalition darf das aber nicht bedeuten, mit einem fröhlichen „Weiter so“ an die Arbeit zu gehen. Im Gegenteil: Elan und Mut auch zu unbequemen Entscheidungen sind

nötig. Ob der Regierungschef diese im erforderlichen Maße wird aufbringen können? Zweifel sind zumindest angebracht. Ein Grund ist die knappe Mehrheit im Landtag. Diese diszipliniert die Abgeordneten – und auch den Ministerpräsidenten. Das hat die Wahl seiner Ressortchefs gezeigt: „Nur niemandem auf die Füße treten“, schien seine oberste Devise zu lauten. Dieses Sicherheitsdenken reicht bei Weitem nicht, um das Land Hessen für die Herausforderungen der Zukunft zu wappnen.

Ein anderes Motiv dürfte in der historischen Wahlschlappe der CDU liegen, während sich die Grünen vor Euphorie über ihren Höhenflug kaum einkriegen können. Sie werden bei den ihnen wichtigen Themen künftig sicher nicht nachgiebiger agieren als seither – wohl auch zum Leidwesen traditioneller Wählerschichten der Union, wenn man etwa den weiteren Ausbau der Windenergie als Beispiel nimmt.

Eingebettet in eine Politik, die den ländlichen Raum mit Taten statt nur Worten fördert, könnte deren Akzeptanz bei den Bürgern sicher gesteigert werden. Wer jedoch sieht, dass aus dem CDU-Bezirksverband Osthessen – er reicht von Rotenburg im Norden bis Maintal im Süden – nicht ein Kabinettsmitglied kommt, schenkt den hehren Versprechen kaum Glauben. Die Musik spielt im Ballungsraum. Dabei hat gerade das flache Land das Potenzial, zur Lösung von Problemen wie Wohnungsnot, Dieselfahrverboten oder Trinkwasserversorgung in Zeiten des Klimawandels wesentlich beizutragen.

Gegenüber der bei der Fuldaer CDU laut gewordenen Kritik muss Bouffier aber auch in Schutz genommen werden: Ihre Nichtberücksichtigung haben sich die hiesigen CDUler zum Teil selbst zuzuschreiben. Wer sich schon lange vor der Wahl als quasi unentbehrlich andient, angesichts eines aufgrund der Wahl kaum vorhandenen Spielraums mit seinen Ansprüchen nicht zurücksteckt und dann mit Friedrich Merz einen Gegenkandidaten zur Bouffier-Favoritin Annegret Kramp-Karrenbauer ins Rennen um den Bundesvorsitz schickt, braucht sich nicht zu wundern, dass er geflissentlich übersehen wird. Vielleicht hätte man auch schon frühzeitiger Nachwuchskräfte aufbauen und in Wiesbaden in Stellung bringen sollen.

## ASYLPOLITIK

## Mehr Konsequenz nötig

Von Marcus Sauer

Die Grünen sind manchmal schon ein etwas schizophrenes Völkchen. Ihre Parteichefin Annalena Baerbock hat neulich noch überraschend deutlich gefordert, abgelehnte Asylbewerber schneller abzuschubsen, wenn sie straffällig geworden sind. Wenn es aber darum geht, markigen Worten Taten folgen zu lassen, ducken sich die Grünen gerne weg. Dann herrscht Ideologie, und die Prinzipienreiter in der Partei haben das Sagen.

Jüngstes Beispiel: Obwohl 97 Prozent der Asylanträge aus den Maghreb-Staaten und fast 100 Prozent aus Georgien abgelehnt werden, wollen die Grünen diese nicht als sichere Herkunftsländer anerkennen – auch wenn dies zu schnelleren Verfahren führte. Auch wenn es um die jüngsten Ideen von Innenminister Horst Seehofer geht, Abschiebungen zu beschleunigen, inszenieren die Grünen ihre erwartbare Empörung. Auch das passt nicht zu Baerbocks Ruf nach „konsequentem Durchgreifen“.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

## Le Monde

## Demokratie ins Wanken gebracht

Die Pariser „Le Monde“ meint zu den Briten:

Die Auseinandersetzungen um den Brexit zeigen ein zentrales Problem auf: das der Infrage-

stellung der repräsentativen Demokratie. Wer drückt legitim den Volkswillen aus? Das Referendum von 2016, das von Scharlatanen angestiftet wurde, die von der Bildfläche verschwunden sind? Die 2017 gewählten Parlamentarier? Oder die Umfragen, die den Befürwortern eines Verbleibs in der EU die Mehrheit geben? Die Krise hat die altherwürdige britische Parlamentsdemokratie ins Wanken gebracht.



## Nächster Anlauf

Karikatur: Jürgen Tomicek

## GASTKOMMENTAR

## Zweite Halbzeit: Trumps Spiel mit den Demokraten

US-Präsident Donald Trump will die Finanzierung seiner Grenzmauer zu Mexiko um jeden Preis haben, weil er damit in der Pflicht gegenüber seinen protektionistisch gesinnten, teilweise fremdenfeindlichen Wählern steht. Trump kann zudem einen Schwachpunkt der Demokraten ausnutzen. Denn auch viele gewerkschaftsnahe Demokraten sorgen sich wegen der zusätzlichen Konkurrenz weiterer Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt, die ihre Löhne weiter nach unten drücken könnte.

Trump sitzt auch in anderer Hinsicht am längeren Hebel: Ein Stillstand der Regierungsgeschäfte entspricht seiner langfristigen staatsfeindlichen Strategie, die von mächtigen Interessengruppen unterstützt wird, nämlich innere staatliche Strukturen zu zerstören. Der Präsident spielt zur Mitte seiner Amtszeit auch öffentlich mit dem Gedanken, einen nationalen Notstand zu erklären und seine Machtbefugnisse auf Kosten der Abgeordneten und Senatoren zu erweitern. Damit würde er auch bei der Haushaltsbewilligung eine Verfassungskrise riskieren – einen Showdown zwischen dem Kongress, der gesetzgeberischen Gewalt, und ihm, der ausführenden, exekutiven Gewalt. Diese Auseinandersetzung könnte dann wohl nur von der dritten Gewalt im Staate, der Judikative, entschieden werden. Es sei daran erinnert, dass Trump bereits zwei Richter an das Oberste Gericht nominiert hat, die in vielen Fragen, insbesondere wenn es um die Gewaltenteilung geht, auf seiner Linie liegen.

Dank der durch die Kongresswahlen gestärkten repu-

## JOSEF BRAML

sieht US-Präsident Donald Trump im Haushaltsstreit mit den Demokraten am längeren Hebel.



Der Autor (50) ist USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und Autor des im Quadriga-Verlag erschienenen Buches „Trump's Amerika – Auf Kosten der Freiheit“. Aktuelle Analysen veröffentlicht er auch über seinen Blog usaexperte.com

blikanischen Senatsmehrheit kann er in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit weiter ungehindert Richter auf Lebenszeit einsetzen: Damit wird er auch über die Judikative Amerika weit über seine vier- oder achtjährige Amtszeit hinaus radikal verändern. Vor allem im entscheidenden Obersten Gericht werden – nach den bereits von Trump ernannten Richtern Neil Gorsuch und Brett Kavanaugh – weitere regulierungsfeindliche Richter folgen, um die konservative Mehrheit im neunköpfigen Gremium über Jahrzehnte zu festigen.

Trumps Deregulierungskurs wird von finanzkräftigen Interessengruppen massiv unterstützt und könnte auch den Ausschlag für seine Wiederwahl geben. Die Demokraten können mit ihrer neu gewonnenen Mehrheit in der zweiten Kongresskammer, namentlich im Abgeordnetenhaus, zwar einige Vorhaben Trumps, wie den Bau einer umfangreichen Grenzmauer zu Mexiko, etwas bremsen, aber nicht aufhalten. Andererseits kann Trump auf ihre Unterstützung hoffen, um sein kostspieliges Infrastrukturprogramm zu finanzieren. Wenn es um Ausgaben geht, die den Wählern ihrer Wahlkreise und Einzelstaaten zugutekommen, sind gewerkschaftsnahe Demokraten durchaus bereit, mit dem Präsidenten zu stimmen. Es ist möglich, dass Trump einen „New Deal“ mit dem selbsternannten Sozialisten und Arbeiterführer Bernie Sanders bewerkstelligt. So lautstark Sanders Trump auch ansonsten kritisiert: Die beiden Freihandelskritiker sind sich darin einig, dass es zuallererst darum geht, amerikanische Arbeiter wieder in Lohn und Brot zu bringen: „America First“ – koste es, was es wolle. Der wirtschaftsnationalistische und protektionistische Kurs Trumps hätte somit umso breitere Unterstützung.

US-Präsident Donald Trump droht weiterhin mit Strafzöllen und anderen protektionistischen Maßnahmen und muss diese – für den Fall, dass sich die Handelspartner in Europa oder China nicht erpressen lassen – am Ende wahr machen, um bei diesem Kernthema gegenüber seinen Wählern glaubwürdig zu bleiben. Er wird deshalb auch weiter Druck auf europäische Regierungen und Unternehmen, insbesondere auf den Exportweltmeister Deutschland, ausüben. „Europe United“ ist das Gebot der Stunde, um auf „America First“ zu reagieren.

## DIE MEINUNG DES LESERS

## Unselige Zeit der Stasi lässt grüßen

Zum Artikel „AfD zum ‚Prüf-fall‘ erklärt“ (16. Januar, S. 2).

Um es vorweg zu sagen: Ich bin kein Parteimitglied, aber ein Gerechtigkeitsfanatiker, deshalb kann ich nicht schweigen. Wie muss doch den Altparteien der Hintern auf Grundeis gehen, wenn jetzt sogar der Verfassungsschutz herhalten muss, um die „Gefahr von rechts“, die AfD, endlich an der richtigen Stelle zu packen. Nichts hat bisher ge-

fruchtet, deren Wähler zurückzuholen, keine Diffamierungen, Schmähungen, Beleidigungen etc. Auch die Unterstützung durch die linksorientierten Mainstream-Medien Presse und TV haben nichts gebracht, ebenso die Nazi-Keule, die immer wieder gegen die aufmuckenden „Rechten“ geschwungen wurde. Bereits in den ersten Tagen des neuen Jahres wurden mehrere Anschläge auf Eigentum und Körperlichkeit von AfD-Mitgliedern oder -Sympathisanten unternommen. Das Schlimmste war der Angriff auf den Bundestagsabgeordneten Frank Magnitz in Bremen. Ja,

das sind Hetzjagden! Der international anerkannte Verfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen mit besten Verbindungen zu den ausländischen Geheimdiensten wollte den Begriff Hetzjagd für Chemnitz nicht gelten lassen, genauso wie Michael Kretschmer, der Ministerpräsident von Sachsen. Letzterer fiel um, Herr Maaßen blieb bei seiner Version und musste seinen Posten räumen. Das war der lange gesuchte Grund, um diesen neutralen Mann zu beseitigen. Selbst der linke SPD-Bundestagsabgeordnete Ralf Stegner kann seine Freude nicht für sich behalten. Er pos-

tete am 15. Januar dieses Jahres: „Die Rechtspopulisten von der AfD kommen endlich in den Fokus des Verfassungsschutzes. Dazu musste der unselige Herr Maaßen gehen, damit das passieren kann, was längst überfällig war.“ Geht es noch deutlicher? Der Verfassungsschutz wird eingeschaltet, um nicht linientreue Denkweisen in unserem Land zu verbieten und mundtot zu machen. Die unselige Zeit der Stasi lässt grüßen – es kann einem nur angst und bange werden.

Wigbert Schmitt  
Fulda